

Fazitbericht | 27. FSS Security Talk: Sicherheitspolitische Strategie 2026

Inputreferat

Joachim Adler, Chef Verteidigungspolitik, Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS

Eingangs stellte Joachim Adler, Chef Verteidigungspolitik im Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS), in seinem Inputreferat die neue Sicherheitspolitische Strategie 2026 des Bundesrats vor und erläuterte die zentralen Überlegungen hinter deren Erarbeitung. Er betonte eingangs, dass es sich um die erste eigentliche sicherheitspolitische Strategie der Schweiz handle. Während frühere sicherheitspolitische Berichte primär die Lage beschrieben und Ziele formulierten, solle die neue Strategie bewusst einen Schritt weitergehen und konkrete Handlungsansätze definieren.

Als Ausgangspunkt verwies Adler auf die sicherheitspolitische Lage in Europa. Europa sei heute so stark bedroht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Bedrohungen machten dabei keinen Halt vor Landesgrenzen. Europa bilde ein eng verflochtenes Gefüge aus Gesellschaften, Infrastrukturen und Wirtschafts- und Lebensräumen, weshalb Entwicklungen in Europa die Schweiz unmittelbar betreffen.

Adler identifizierte mehrere besondere Verwundbarkeiten der Schweiz. Die offene und demokratische Gesellschaft mache das Land anfällig für Desinformation, Einflussoperationen und hybride Konfliktführung. Gleichzeitig verfüge die Schweiz mit ihren Hochschulen und Forschungsstandorten über international bedeutende Technologiezentren, womit diese auch zu attraktiven Zielen für Spionage und verbotene Nachrichtendienstaktivitäten würden. Hinzu komme die Bedeutung der kritischen Infrastrukturen und Verkehrsachsen der Schweiz, die weit über die Landesgrenzen hinaus relevant seien.

Diesen Bedrohungen stünden jedoch Sicherheitsorganisationen gegenüber, die in mehreren Bereichen unzureichend ausgestattet seien. Dies betreffe nicht nur die Armee, sondern auch Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz. Besonders problematisch sei die mangelnde Durchhaltefähigkeit bei länger andauernden Krisen oder Konflikten. Gleichzeitig verfüge die Armee nicht über genügend Material und Ausrüstung, um modernen Bedrohungen ausreichend begegnen zu können. Adler verwies zudem darauf, dass der Schweiz sowohl finanzielle Mittel als auch Priorität bei der internationalen Rüstungsindustrie fehlten, um bestehende Fähigkeitslücken rasch zu schliessen.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Ausführungen betraf die internationale Zusammenarbeit. Adler hielt fest, dass die Schweiz das einzige westeuropäische Land sei, das weder einen Anspruch auf Beistand habe noch selbst entsprechende Verpflichtungen eingehe. Gleichzeitig hoffe man im Krisenfall dennoch auf Unterstützung durch Partnerstaaten. Er stellte deshalb die Frage, ob diese Erwartung realistisch sei, wenn die Schweiz selbst nur begrenzt Beiträge zur gemeinsamen Sicherheitsarchitektur leiste.

Besonders eindrücklich war für Adler der Gegensatz zwischen der objektiven Bedrohungslage und der öffentlichen Wahrnehmung. Anhand eines SRG-Wahlbarometers aus dem Jahr 2025 zeigte er auf, dass Landesverteidigung in der Bevölkerung nur eine geringe Priorität genieße und gleichzeitig als Thema wahrgenommen werde, dem bereits heute zu viel Aufmerksamkeit zukomme. Dies erkläre auch teilweise die Zurückhaltung von Politik und Bundesrat in sicherheitspolitischen Fragen.

Vor diesem Hintergrund erläuterte Adler den Kern der neuen Strategie. Während frühere sicherheitspolitische Berichte primär eine Diagnose der Lage geliefert hätten, solle die SIPOL-Strategie 2026 zusätzlich konkrete Massnahmen und Verantwortlichkeiten definieren. Entscheidend sei der Übergang vom Analysieren zum Handeln. Die Strategie solle aufzeigen, wer welche Aufgaben bis wann umzusetzen habe.

Die Strategie basiere dabei auf drei parallel zu verfolgenden Stossrichtungen: der Stärkung der Resilienz, dem Schutz und der Abwehr sowie der Verteidigungsfähigkeit. Die Resilienz umfasse insbesondere wirtschaftliche Sicherheit, Lieferketten und Cybersicherheit. Der Bereich Schutz und Abwehr fokussiere auf die innere Sicherheit und die Bekämpfung hybrider Bedrohungen wie organisierter Kriminalität. Die Verteidigungsfähigkeit betreffe vor allem die Weiterentwicklung der Armee.

Adler betonte mehrfach, dass diese Strategie nur im Sinne einer umfassenden Sicherheit funktionieren könne. Die Umsetzung dürfe sich nicht auf die Bundesverwaltung beschränken, sondern müsse Kantone, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft miteinbeziehen. Deshalb seien auch kantonale Stellen und verschiedene Organisationen bereits in die Erarbeitung der Strategie eingebunden worden. Sicherheitspolitik sei heute eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Abschliessend hob Adler hervor, dass insbesondere der Faktor Zeit entscheidend sei. Anders als bei einem klar definierten Zeitplan lasse sich in der Sicherheitspolitik nicht vorhersagen, wie viel Zeit für notwendige Anpassungen noch bleibe. Gerade deshalb müsse jetzt gehandelt werden.

Kurzstellungnahme

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Christoph Mäder ordnete die aktuelle sicherheitspolitische Lage aus Sicht der Wirtschaft in einen internationalen Kontext ein. Die weltpolitische Entwicklung habe zu einer deutlich erhöhten Unsicherheit geführt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Rückkehr machtpolitischen Denkens sowie die zunehmende Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung hätten die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Gleichzeitig nehme weltweit der Protektionismus zu. Für die Schweiz bedeute dies, dass auch ihr sicherheitspolitisches Umfeld instabiler und unsicherer geworden sei.

Vor diesem Hintergrund begrüsst Mäder den umfassenden Ansatz der neuen sicherheitspolitischen Strategie ausdrücklich. Sicherheit könne heute nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern erfordere ein koordiniertes Zusammenspiel aller relevanten

Akteure. Die Wirtschaft verstehe sich dabei als Teil einer modernen Gesamtverteidigung. Die Strategie sei aus seiner Sicht jedoch vorerst primär eine Prozessstrategie. Zwar würden Zuständigkeiten und Abläufe definiert, konkrete Zielsetzungen und operative Massnahmen müssten nun aber erst noch erarbeitet werden. Entscheidend werde sein, ob in der Umsetzungsphase tatsächlich genügend politischer Wille vorhanden sei, um «Fleisch an den Knochen zu bringen».

Besonders kritisch äusserte sich Mäder zur aktuellen materiellen Situation der Schweizer Armee. Die ihm bekannten Informationen über bestehende Ausrüstungslücken bezeichnete er als «erschreckend». Sicherheit sei nicht nur eine staatliche Kernaufgabe, sondern auch eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand. In diesem Zusammenhang sprach er sich deutlich für eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes aus. Internationale Kooperationen seien essenziell, da Staaten, die keinen Beitrag leisteten oder sich vom Austausch abkoppelten, langfristig an Bedeutung verlören. Wer nicht austausche, werde abgeschnitten.

Einen weiteren Schwerpunkt legte Mäder auf die Bedeutung technologischer Innovationskraft für die Resilienz eines Landes. Der Krieg in der Ukraine zeige deutlich, welche zentrale Rolle technologische Fähigkeiten heute auf dem Gefechtsfeld spielten. Die Schweiz verfüge über aussergewöhnlich starke wirtschaftliche und technologische Voraussetzungen, die nicht nur im Rüstungsbereich, sondern auch zivil gezielt genutzt werden müssten. Es wäre aus seiner Sicht eine «katastrophale Unterlassung», dieses Potenzial nicht konsequent in die Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit einzubinden.

Zugleich stellte Mäder fest, dass in breiten Kreisen der Wirtschaft ein deutlicher Bewusstseinswandel stattgefunden habe. Unternehmen beschäftigten sich heute verstärkt mit geopolitischen Risiken, Szenarioplanung und Fragen der Resilienz. Die Wirtschaft sei bereit, ihre Verantwortung im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsvorsorge wahrzunehmen und partnerschaftlich eingebunden zu werden.

Abschliessend plädierte Mäder dafür, die sicherheitspolitische Debatte möglichst aus ideologischen Auseinandersetzungen herauszulösen. Besonders deutlich wurde er bei der Frage der Armeefinanzierung. Dass die Schweiz Mühe habe, ausreichende Mittel für eine verfassungsmässige Kernaufgabe bereitzustellen, bezeichnete er als «Skandal». Ohne politische Führung und klare Prioritäten werde es nicht gelingen, die notwendige Resilienz und Glaubwürdigkeit der Schweiz nachhaltig zu stärken.

Kurzstellungnahme

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz

Stefan Holenstein legte die Haltung des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz zur Sicherheitspolitischen Strategie 2026 entlang mehrerer zentraler «Sorgenfalten» dar. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die geopolitische und sicherheitspolitische Entwicklung in Europa. Die Schweiz befinde sich mitten in einer zunehmend instabilen und

multipolaren Weltordnung. Der Krieg in Europa werde die sicherheitspolitische Lage noch über Jahre prägen. Die Schweiz sei davon nicht unberührt und könne künftig auch unmittelbar betroffen sein.

Besonders grosse Sorge bereitete Holenstein die aktuelle Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee. Diese sei aufgrund mangelnder Ausrüstung nur noch sehr eingeschränkt einsatzfähig. Nach seiner Darstellung sei lediglich rund ein Drittel der Kampfelemente tatsächlich einsatzbereit, während sich der Rest in Reparatur befinde oder nicht vollständig ausgerüstet sei. Dass diese Probleme seit Jahren bekannt seien, ohne dass substantielle Verbesserungen erfolgt seien, bezeichnete er als alarmierend.

Noch gravierender sei die ungenügende finanzielle Ausstattung der Armee. Holenstein betonte, dass die Schweiz trotz des seit Jahren andauernden Ukrainekriegs praktisch keine ausreichenden Investitionen in die eigene Sicherheit tätige. Allein zur Wiederherstellung der notwendigen Ausrüstung seien bis 2040 Investitionen von rund 50 Milliarden Franken erforderlich. Im internationalen Vergleich bewege sich die Schweiz mit ihren Verteidigungsausgaben weiterhin auf tiefem Niveau, während zahlreiche europäische Staaten ihre Investitionen massiv erhöht hätten.

Eine weitere zentrale Sorge betraf die personelle Entwicklung der Milizarmee und des Zivilschutzes. Holenstein warnte davor, dass der effektive Bestand der Armee in den kommenden Jahren deutlich sinken werde. Die Milizarmee bleibe jedoch der zentrale sicherheitspolitische Trumpf der Schweiz und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen europäischen Staaten.

Trotz dieser Kritikpunkte bewertete Holenstein die Sicherheitspolitische Strategie 2026 insgesamt positiv. Die drei Stossrichtungen der Strategie gingen aus seiner Sicht klar in die richtige Richtung. Besonders begrüsst er den umfassenden Ansatz der Strategie. Auch der Massnahmenkatalog wurde von ihm als weitgehend kohärent beurteilt. Positiv hob er zudem hervor, dass die Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit der Armee wieder stärker ins Zentrum gerückt werde und die Notwendigkeit internationaler Kooperation ausdrücklich anerkannt werde. Kritisch merkte Holenstein jedoch an, dass der Strategie teilweise die notwendige Priorisierung fehle. Konkrete Dringlichkeiten, zeitliche Vorgaben sowie verbindliche Ressourcen- und Finanzplanungen blieben aus seiner Sicht zu wenig klar definiert.

Abschliessend bezeichnete Holenstein die Strategie als solide und wichtige Grundlage für die zukünftige Sicherheitspolitik der Schweiz. Gleichzeitig brauche es nun rasche und konkrete Umsetzungsschritte, damit aus den formulierten Zielen tatsächlich eine glaubwürdige Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit entstehen könne.

Kurzstellungnahme

Fregattenkapitän Per Fritz Weiler, Deutscher Verteidigungsattaché in der Schweiz

Fregattenkapitän Per Fritz Weiler ordnete die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz aus der Perspektive der deutschen Erfahrungen mit der nationalen Sicherheitsstrategie Deutschlands von 2023 ein. Er erläuterte zunächst, dass auch Deutschland erst vor wenigen Jahren erstmals eine eigentliche nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet habe. Die früheren sicherheitspolitischen Grundlagendokumente – die sogenannten Weissbücher – seien primär vom Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium getragen worden. Die neue Sicherheitsstrategie hingegen sei erstmals ein Gesamtprodukt der gesamten Bundesregierung gewesen und habe damit einen deutlich umfassenderen Ansatz verfolgt. Neben klassischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen seien auch Aspekte wie wirtschaftliche Sicherheit, Lieferketten, Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen, Desinformation sowie gesellschaftliche Resilienz einbezogen worden.

Die deutsche Strategie sei unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine entstanden, ihre Erarbeitung habe sich jedoch über rund ein Jahr hingezogen – unter anderem aufgrund politischer Differenzen zwischen Ministerien und Fragen der Federführung. Rückblickend habe sich gezeigt, dass die anfängliche Verankerung im Auswärtigen Amt zu wenig integrativ gewesen sei; erst später sei mit dem Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt eine stärkere Steuerungsstruktur geschaffen worden.

Kritisch erwähnte Weiler zudem, dass das in der NATO vereinbarte Zwei-Prozent-Ziel in der deutschen Strategie zwar erwähnt, aber nur als langfristige Absicht formuliert worden sei und bis heute nicht erreicht werde. Positiv hob er hingegen hervor, dass die Strategie in Deutschland zu einem deutlich höheren Sicherheitsbewusstsein in der Bevölkerung beigetragen habe und die Zustimmung zu höheren Verteidigungsausgaben spürbar gestiegen sei. Auch die stärkere Einbindung aller Bundesministerien sei ein Fortschritt gegenüber früheren Ansätzen.

Gleichzeitig benannte er zentrale Schwächen: Die deutsche Strategie definiere zwar Ziele, enthalte jedoch kaum konkrete Massnahmen, keine verbindlichen Zeitpläne und keine systematische Erfolgskontrolle. Zudem fehle eine klare Priorisierung der Ziele und Interessenkonflikte würden lediglich angedeutet, ohne diese politisch aufzulösen.

Im Vergleich dazu bewertete Weiler die Schweizer SIPOL-Strategie 2026 deutlich positiver. Besonders hob er den umfassenden Sicherheitsansatz hervor, der neben dem Bund auch Kantone, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft einbeziehe. Gerade die föderale Dimension sei in Deutschland im Entstehungs- und Umsetzungsprozess weitgehend ausgeblendet worden. Ebenso betonte er den stärkeren Fokus auf Umsetzung und Verbindlichkeit in der Schweiz: Mit klar definierten Massnahmen, Zuständigkeiten und einer Steuerungsstruktur unter Leitung des SEPOS unterscheide sich die Schweizer Strategie deutlich von der deutschen. Auch die vorgesehene Berichterstattung bis 2028 stelle aus seiner Sicht einen wesentlichen Fortschritt dar. Insgesamt würdigte er die Schweizer Strategie als kohärent, praxisnah und deutlich umsetzungsorientierter als das deutsche Gegenstück.

Paneldiskussion

In der abschliessenden Paneldiskussion, moderiert durch Fredy Müller, Geschäftsführer des Forum Sicherheit Schweiz, diskutierten Joachim Adler, Christoph Mäder und Stefan Holenstein zusammen mit Ständerätin Franziska Roth, Vizepräsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats SIK-S, und Martin von Muralt, Delegierter von Bund und Kantonen für den Sicherheitsverbands Schweiz SVS, die Dimensionen der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 und deren Bedeutung für die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik.

Fredy Müller griff zunächst ein Zitat von Verteidigungsminister Martin Pfister auf, wonach geopolitische Zäsuren und Brüche immer auch Chancen seien und zur Neuorientierung zwingen. Er fragte zunächst Ständerätin Franziska Roth, ob in der Bevölkerung überhaupt ein Bewusstsein für die veränderte Weltlage vorhanden sei. Roth erklärte, dieses Bewusstsein sei klar spürbar. In Gesprächen nehme sie Sorgen, Bedenken und teilweise auch Ängste wahr. Sie unterscheide bewusst zwischen Sorgen und Ängsten, da Angst die schwächste Form von Resilienz sei, sie aber dennoch zum Menschsein gehöre. Die Bevölkerung wolle, dass gehandelt werde. Dabei verwies sie auf die zuvor gezeigten Umfragewerte, wonach zwar die Beziehungen zur EU und zu Europa höher priorisiert würden als die Landesverteidigung, beides für die Menschen jedoch zusammengehöre. Die Mehrheit der Bevölkerung verstehe sehr wohl, dass die Schweiz nicht unabhängig im absoluten Sinn sei, sondern auf gute Beziehungen angewiesen bleibe – und gute Beziehungen bedeuteten letztlich Sicherheit.

Martin von Muralt, Delegierter des Sicherheitsverbands Schweiz, schilderte seine Wahrnehmung an der Schnittstelle zwischen Bund und Kantonen. Innerhalb der sicherheitspolitischen Kreise – etwa bei Polizei-, Militär- oder Zivilschutzverantwortlichen – sei das Problembewusstsein klar vorhanden. Sobald man sich jedoch ausserhalb dieser Kreise bewege, etwa zu Gesundheits- oder Erziehungsdirektionen, nehme dieses Bewusstsein deutlich ab. Besonders beunruhigend sei für ihn zudem der Unterschied zwischen Deutschschweiz und Romandie. Sicherheitsveranstaltungen fänden praktisch ausschliesslich in der Deutschschweiz statt und auch bei Arbeitsgruppen oder sicherheitspolitischen Projekten engagierten sich deutlich häufiger Deutschschweizer Vertreter. In der Romandie spüre er die sicherheitspolitische Wahrnehmung wesentlich weniger stark.

Kritische Infrastrukturen der Schweiz sind relevant für ganz Europa

Fredy Müller lenkte die Diskussion anschliessend auf die Verwundbarkeit der Schweiz als europäischer Infrastrukturknotenpunkt. Stefan Holenstein begrüsst, dass diese Verwundbarkeit inzwischen klar erkannt werde. Er verwies auf den „Stern von Laufenburg“ als prominentes Beispiel einer kritischen Infrastruktur mit europäischer Bedeutung. Ein Angriff darauf würde nicht nur die Schweiz, sondern weite Teile Europas treffen. Dass solche Gefahren nun auch politisch und gesellschaftlich stärker wahrgenommen würden, sei wichtig. Gleichzeitig brauche es nun aber konkrete Investitionen und rasches Handeln.

Franziska Roth griff daraufhin das Bild des „Einmachglases“ auf. Die Schweiz verhalte sich oft so, als verschliesse sie sich selbst in einem solchen Glas. Kurzzeitig öffne man den Deckel, wenn etwa über kritische Infrastruktur gesprochen werde, danach verschliesse man sich jedoch wieder mit alten Reflexen rund um Neutralität und Abschottung. Die Rolle der Schweiz in Europa sei weiterhin ungeklärt, weshalb man aus diesem „Einmachglas“ herausfinden müsse.

Politische Führung dringend notwendig

Christoph Mäder widersprach anschliessend entschieden der Auffassung, der Bundesrat habe sich lediglich an den Prioritäten der Bevölkerung zu orientieren. Gerade in Fragen der Sicherheitspolitik müsse die Regierung Führungsverantwortung übernehmen und dürfe nicht bloss auf Sorgenbarometer reagieren. Es sei Aufgabe politischer Führung, kardinale Probleme des Gemeinwesens proaktiv anzugehen. Würden Unternehmen ähnlich geführt, wie dies derzeit in der Sicherheitspolitik geschehe, würde man die Verantwortlichen zu Recht zur Rechenschaft ziehen. Sein Vorwurf sei daher klar: Es werde zugeschaut statt geführt.

Joachim Adler entgegnete darauf, dass man unterscheiden müsse zwischen den Aufgaben des Bundesrates und jenen des Parlaments. Die Ressourcenallokation sei primär Sache der Legislative und gehöre methodisch auch nicht in eine Sicherheitsstrategie. Gleichzeitig erinnerte er daran, dass sich die Diskussion in einer sicherheitspolitischen „Bubble“ bzw. «typischen Echokammer» bewege. Für viele Menschen stünden Themen wie Migration, Asyl oder Krankenkassenprämien weiterhin stärker im Vordergrund als Verteidigungspolitik. Der Bundesrat habe mit der Strategie das vorgelegt, was in seiner Kompetenz liege, inklusive eines Finanzierungsvorschlags über die Mehrwertsteuer. Einfach auf den Bundesrat einzuschlagen, sei deshalb zu einfach.

Stefan Holenstein unterstützte daraufhin zwar die Kritik an der fehlenden Führung des Bundesrates, richtete seinen Appell aber ebenso an das Parlament. Seit vier Jahren werde keine tragfähige Lösung zur Finanzierung der Armee gefunden. Besonders störend sei für ihn, dass sicherheitspolitische Fragen immer wieder an die Finanzkommission delegiert würden. Sicherheitspolitik dürfe jedoch nicht ausschliesslich als finanztechnisches Problem behandelt werden.

Sicherheitspolitische Strategie braucht klare Prioritätenordnung

Franziska Roth erklärte, sie sei durchaus bereit zu Kompromissen, betonte aber erneut die fehlende Priorisierung durch den Bundesrat. Erst wenn klar sei, welche Bedrohungen prioritär behandelt werden müssten, könne das Parlament die nötigen Mittel sprechen. Priorisierung bedeute gleichzeitig auch Verzichtsplanning. Es müsse offen diskutiert werden, welche Fähigkeiten tatsächlich prioritär seien und wo gegebenenfalls auf Systeme verzichtet werden müsse. Als Beispiele nannte sie den Schutz kritischer Infrastrukturen oder Drohnenabwehr.

Joachim Adler bestätigte, dass die Forderung nach klarerer Priorisierung aus der Vernehmlassung bereits erkannt worden sei und in die Überarbeitung der Strategie einfließen werde. Gleichzeitig

wartete er davor, die Diskussion auf klassische schwere Systeme wie Panzer oder Artillerie zu verengen. Kommunikativ sei es wesentlich einfacher, Mehrheiten für Schutz gegen Bedrohungen aus der Luft oder hybride Angriffe zu gewinnen als für klassische Artilleriesysteme. Es gehe heute primär um Bedrohungen aus der Distanz und hybride Konfliktführung.

Martin von Muralt erinnerte daran, dass umfassende Sicherheit zwingend eine Verbundaufgabe sei. Viele sicherheitspolitische Antworten lägen bei den Kantonen. Gerade hybride Bedrohungen würden zuerst auf kantonaler Ebene sichtbar. Gleichzeitig gebe es aber keine einheitliche „Meinung der Kantone“, weil alle 26 Kantone unterschiedlich funktionierten. Eine der grössten offenen Fragen sei deshalb die Führungsverantwortung im Krisenfall: Wer führt wann? Wann übernehmen Kantone die Verantwortung, wann der Bund, wann die Armee? Diese Frage sei bislang unzureichend geklärt.

Franziska Roth ergänzte, dass umfassende Sicherheit weit über das Militär hinausreiche. Gerade im Gesundheitswesen oder bei der Katastrophenmedizin brauche es klare Führungsstrukturen. Die Armee müsse subsidiär rasch Unterstützung leisten können, weshalb erneut Priorisierung notwendig sei.

Stefan Holenstein hielt dagegen fest, dass die Armee nicht nur für subsidiäre Einsätze, sondern auch für den eigentlichen Verteidigungsfall vorbereitet sein müsse. Die gezeigten Folien zu den Materialbeständen seien zentral, um den enormen Nachholbedarf sichtbar zu machen. Es sei eine Frage der Wertschätzung gegenüber Soldaten und Kadern, ihnen vollständiges Material zur Verfügung zu stellen.

Kein «Entweder-oder-Denken» bei der Sicherheit

Als Fredy Müller die Frage stellte, wie jungen Artilleristen erklärt werden solle, dass ihre Waffengattung angeblich nicht mehr wichtig sei, wandte sich Holenstein gegen ein „Entweder-oder-Denken“. Sicherheitspolitik sei immer ein „Sowohl-als-auch“. Der Krieg in der Ukraine zeige deutlich, dass neben Cyber- und Drohnenkrieg weiterhin konventionelle Mittel benötigt würden. Franziska Roth fragte darauf provokativ, gegen wen sich die Schweiz überhaupt alleine verteidigen wolle. Sicherheit sei letztlich europäisch eingebettet und die Schweiz müsse endlich ihre Rolle in Europa klären. Das eigentliche Sicherheitsproblem sei die mangelnde Verlässlichkeit der Schweiz gegenüber europäischen Partnern, etwa beim Kriegsmaterialgesetz oder bei der Neutralitätsdebatte.

Holenstein konterte, dass die Schweiz mit ihrem schlechten Materialzustand selbst ein Sicherheitsrisiko für Europa geworden sei. Roth wiederum hielt dagegen, dass insbesondere die Neutralitätsinitiative die Schweiz zum Sicherheitsrisiko mache. Joachim Adler versuchte daraufhin zu vermitteln und stellte fest, dass die Positionen weniger weit auseinanderlägen, als die Polemik vermuten lasse. Priorisierung sei angesichts begrenzter finanzieller Mittel und knapper Verfügbarkeit auf dem Rüstungsmarkt unvermeidlich. Wenn zwischen schweren Systemen zur Rückeroberung von Gelände und Luftverteidigung entschieden werden müsse, sei Letztere prioritär.

Christoph Mäder hob die Diskussion schliesslich auf eine grundsätzliche politische Ebene. Der Schweiz sei die Fähigkeit zur Priorisierung generell abhandengekommen – nicht nur in der Sicherheitspolitik, sondern auch in der Gesundheits-, Finanz- oder Europapolitik. Wichtige Probleme würden seit Jahren aufgeschoben. Wenn das politische System nicht mehr in der Lage sei, Prioritäten zu setzen und handlungsfähig zu bleiben, müsse langfristig sogar eine Systemdiskussion geführt werden.

Information und Sensibilisierung der Bevölkerung als zentrale Aufgabe

In der weiteren Diskussion wollte der Moderator wissen, wie es gelingen kann, das Bewusstsein der Bevölkerung für eine umfassenden Sicherheit zu stärken. Franziska Roth verwies zunächst auf die Bedeutung der Kommunikation und insbesondere auf die Regulierung grosser Kommunikationsplattformen im Kampf gegen Desinformation. Joachim Adler warnte gleichzeitig vor einem schmalen Grat zwischen Sensibilisierung und staatlicher Einflussnahme auf Meinungsbildung. Martin von Muralt hielt dagegen fest, dass die Wahrnehmung der Bevölkerung letztlich zweitrangig sei. Sicherheitspolitische Vorsorge sei primär Führungsaufgabe von Bund, Kantonen und Wirtschaft. Spätestens wenn die erste Drohne in der Schweiz einschlage, werde das Bewusstsein ohnehin vorhanden sein.

Christoph Mäder verwies anschliessend auf Beispiele wie Polen oder Skandinavien, wo politische Führung und Gesellschaft gemeinsam auf die neue Bedrohungslage reagiert hätten. Entscheidend seien letztlich Persönlichkeiten, die Verantwortung übernehmen und die sicherheitspolitische „Story“ kohärent erklärten. Martin von Muralt ergänzte, dass es der Schweiz insgesamt an Kohärenz zwischen Sicherheits-, Aussen- und Wirtschaftspolitik fehle. Franziska Roth schloss mit der Bemerkung, dass viele sicherheitspolitische Fragen – von den Bilateralen über Neutralität bis hin zum Zivildienst – letztlich miteinander zusammenhingen. Die Bevölkerung erwarte Antworten und einen Bundesrat, der dabei klar Führung übernehme.

Solides föderales System verunmöglicht «Maduro-Aktionen» in der Schweiz

Zum Abschluss der Diskussion hob Martin von Muralt hervor, die Schweiz sei dank ihres föderalen Systems grundsätzlich sehr resilient. Diese Stärke müsse man gezielt nutzen und stärker auf die vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten fokussieren. Fredy Müller griff dies mit einer humorvollen Analogie auf: In der Schweiz genüge es aufgrund der Dezentralität eben nicht, „nur Herrn Maduro zu entführen“, vielmehr müsste man mehrere Verantwortungsträger gleichzeitig ausschalten, um das System lahmzulegen.

Christoph Mäder bezeichnete es als grossen Verdienst der Strategie, dass das Verbunddenken und das integrierte Verständnis von Sicherheit so deutlich herausgearbeitet worden seien. Entscheidend sei nun, wieder stärker auf Kooperation und Zusammenarbeit zu setzen.

Franziska Roth hielt fest, die Diskussion habe erneut gezeigt, dass noch zu stark nur über die Schweiz selbst gesprochen werde und zu wenig über die bündnisfreie Kooperation mit Europa. Der sicherheitspolitische Bericht müsse deshalb die Rolle der Schweiz in Europa klarer

definieren. Ebenso brauche es Klarheit bei den Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und weiteren Akteuren. Die zentrale Frage laute letztlich: „Wie hält es die Schweiz mit Europa?“ Dazu gehöre auch eine klare Haltung zur Ukraine und die Bereitschaft, bestehende Widersprüche – etwa bei der Ukraine-Verordnung – zu beseitigen.

Stefan Holenstein betonte zum Schluss nochmals die Komplexität von Sicherheit und Landesverteidigung, zeigte sich aber dennoch zuversichtlich. Die Schweiz verfüge über grosse Stärken – insbesondere das föderale System sowie die gesellschaftliche und politische Vernetzung. Man sei nicht weit von tragfähigen Lösungen entfernt, sofern Zusammenarbeit und Koordination auf allen Ebenen funktionierten.

Joachim Adler schloss mit dem Hinweis, dass es letztlich alle Akteure brauche. Zwar liege es im Wesen der Politik und des Zeitgeistes, eher das Trennende als das Gemeinsame zu betonen. Gerade in der Sicherheitspolitik müsse jedoch das Verbindende im Vordergrund stehen. Die Diskussion habe gezeigt, dass trotz unterschiedlicher Akzente ein gemeinsames Fundament vorhanden sei.

Fredy Müller hielt abschliessend fest, die Diskussion habe gezeigt, wie wichtig eine Entideologisierung der sicherheitspolitischen Debatte sei. Diese habe übrigens erst begonnen. Der konstruktive Austausch heute stimme zuversichtlich, dass man sich zumindest auf einem gemeinsamen Weg befinde.